

07.02.2021

Stellungnahme

des Ortsverbandes Bündnis 90/Die GRÜNEN und Aktive BürgerInnen für Sennfeld

Zum Tagblatt-Artikel „Bürgermeister wehrt sich gegen Vorwürfe“ – 6.2.21

Die massive Reaktion des Sennfelder Bürgermeisters auf unser Grün's Blättle hat uns sehr überrascht. Nach dem fast halbstündigen ruhig vorgetragenen Ärger des Bürgermeisters erschien es den angesprochenen grünen Gemeinderäten wenig aussichtsreich, mit ihrer anderen Sichtweise auf offene Ohren zu stoßen. Mit dieser Pressemitteilung wollen wir im Nachgang zur notwendigen Klärung der Sachverhalte beitragen.

Im Blättle hatten wir zum Thema Steigerwaldbahn eine Tatsache benannt, die der Bürgermeister nicht bestreitet. Schulze hat eine von der BEG angeforderte Stellungnahme ganz ohne Einbezug des Gemeinderats verfasst und versendet und später nur auf ausdrückliche Nachfrage den Grünen Ratsmitgliedern vorgelesen. Bezogen auf die Fragen der BEG hat er im Schreiben vor allem Argumente dargelegt, die gegen eine Reaktivierung sprechen. Wir vertreten die Ansicht: Die Frage der Bahnreaktivierung ist eine außerordentlich weitreichende und wichtige Frage. Wir sind der Auffassung, dass die gemeindliche Stellungnahme an die BEG *kein* laufendes Geschäft der Verwaltung ist und somit vom Gemeinderat zu beschließen ist.

Dass der Bürgermeister im Zusammenhang mit der Bahnreaktivierung immer wieder von Lärm, gefährlichen Bahnübergängen, Staus, möglichem Wegfall der Stadtbusverbindung etc. spricht, ist bekannt. Wir halten den Begriff „Schreckensszenario“ im Blättle hier nicht für verfehlt. Die positiven Argumente für die Bahn, wie z.B. der Stundentakt von 5 – 23 Uhr, die Direktanbindung zum Hauptbahnhof etc. erwähnt der Bürgermeister nicht. Auch die Tatsache, dass das Landratsamt für Sennfeld und Gochsheim die gute Busverbindung erhalten will, wird nicht benannt.

Dass Oliver Schulze ein bürgernaher Bürgermeister ist, haben wir nie in Abrede gestellt. Bürgersprechstunden, Bürgerbesuche etc. sind gut, ersetzen aber aus unserer Sicht nicht das Fragerecht in einer Gemeinderatssitzung. Auch wenn dieses Recht in der aktuellen gültigen Sennfelder Geschäftsordnung nicht verankert ist, ist es unser Wunsch, dass die Bürger sich trotzdem auch gegenüber dem gesamten Ratsgremium zu Wort melden können.

Die Tinyhouse-Angelegenheit haben wir im Blättle unserer Ansicht nach sachgerecht dargestellt. In der Machbarkeitsstudie wurde festgestellt: Die Errichtung einer Tinyhouse-Siedlung auf dem SKF-Platz wäre mit komplizierten behördlichen Abklärungen und Auflagen verbunden und eine Zustimmung der Behörde nicht einfach zu erreichen. Im Blättle hatten

wir geschrieben: „Auch angesichts eines vielleicht nicht einfachen Abklärungs- und Genehmigungsverfahrens würde es sich lohnen, die Möglichkeit zur Verwirklichung einer Minihaus-Siedlung auszuloten“. Wir wecken damit aus unserer Sicht keine falsche Hoffnungen“.

Wieso Bürgermeister Schulze im Hinblick auf unser Blättle von falschen Behauptungen, Unterstellungen und fehlender Fairness spricht, ist für uns unverständlich. Wir betrachten die Aussagen im Blättle als Ausdruck von freier Meinungsäußerung und Demokratie.

Damit bei den Lesern des Zeitungsartikels kein falscher Eindruck entsteht, noch ein Hinweis: Das Grüne Blättle ist ein Gemeinschaftswerk und der Inhalt wurde im Kreis von uns Grün-Aktiven ebenso einvernehmlich befürwortet, wie der Text dieser Stellungnahme.

Anna Krause

Ortsverbandssprecherin
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klaus Ziegler

Sprecher Aktive BürgerInnen für Sennfeld